

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verm. Berufsgenossen Deutschlands (Stk Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verm. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die breitgehaltene Petitzeile oder deren Raum 80 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

„Arbeiterinteressen“.

Aufmerksamen Besuchern des städtischen Museums in Leipzig wird eine Skulptur „Der Jüngling von Sais“ nicht entgangen sein. Sie rührt vom Bildhauer Arnold Rechberg her, der auch der Dresdner Galerie „den sterbenden Moses“ geliefert hat. Beide Werke lassen den tüchtigen, gestaltungsfähigen Künstler erkennen. Aber man kann ein hervorragender Bildhauer und dabei doch ein recht kümmerlicher Politiker sein. Arnold Rechberg beweist das aufs neue. Er hat sich nicht an seinem Ruhme als Bildhauer genügen lassen, dessen Werke sowohl in Pariser Salons wie in Sammlungen von Florenz mit Achtung und Anerkennung beschaufelt werden; er hat auch „den Speichen des Zeitrades an die Stirnlocke fassen“ wollen. Zu diesem Zwecke hat er im Verlage der „Berliner Börsenzeitung“ drei Schriftchen erscheinen lassen, deren eines den Titel „Arbeiterinteressen“ führt. Auf knapp zehn Druckseiten erledigt sich Rechberg seiner Aufgabe. So aus dem Handgelenk heraus. Welche Interessen der Arbeiter hat und wie sie befriedigt werden können, ist ja auch so sonnenklar, daß nicht lange Worte darüber zu verlieren sind. Dieser Auffassung huldigt wenigstens Arnold Rechberg. Er erkennt an, daß ein elementares und berechtigtes Streben jedes Menschen auf Sicherung und Verbesserung seiner materiellen Existenz gerichtet sei. Je mehr die Organisation und Gesetzgebung eines Staates diesem allgemeinen Streben gerecht werde, um so zufriedener sei der einzelne mit der Konstruktion des Staates. Die Geschichte lehre, daß innere Störungen der Staaten immer dann eingetreten seien, wenn tiefgehende soziale Strömungen gegen die Staatskonstruktion infolge Behinderung des wirtschaftlichen Strebens weiter Volkstriebe entstehen mußten.

Nach Offenbarung dieser weder ganz neuen noch ganz unbekannten Tatsache ergibt sich Rechberg ein wenig über das Arbeitsverhältnis in alter und in neuer Zeit. Er erkennt an, daß im Mittelalter ein geschickter Geselle leichter sich habe selbständig machen können als jetzt, wo ein großes Kapital zur Gründung eines Betriebes erforderlich sei. Die technischen Fortschritte in der Industrie hätten im vorigen Jahrhundert das Wesen des Arbeitsverhältnisses von Grund aus geändert. Der Arbeiter habe erkannt, daß er nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß mächtig genug werde, seine Forderungen durchzusetzen. Wenn unter den landwirtschaftlichen Arbeitern Zusammenschlüsse viel seltener seien als unter den Industriearbeitern, so sei das darin begründet, daß auch heute noch der einzelne Landarbeiter selbst für den Großgrundbesitzer wichtiger ist als der einzelne Industriearbeiter für den Großindustriellen. Das harmlose Gemüt Rechbergs scheint nichts vom Koalitionsverbot und den weiteren Sklavettenketten zu ahnen, mit denen in Deutschland heute noch das Gefinde behängt ist. Er scheint auch nichts zu wissen vom dem überraschend schnellen Aufstieg, den der Verband unserer Land- und Forstarbeiter genommen hat.

Daß die Arbeiterpartei sich kräftig der Interessen der Arbeiter annimmt, findet Rechberg ganz in der Ordnung. Nur müsse das Bestreben, dem Arbeiter Vorteile zuzuwenden, seine Grenze dort haben, wo die Sonderinteressen der Arbeiter die Lebensfähigkeit des Staates gefährden würden. Die Prosperität eines modernen Staates sei ganz wesentlich an das Wohlergehen seiner wirtschaftlichen Unternehmungen im allgemeinen und an die Entwicklung seiner Industrie im besonderen gebunden. Daraus folge, wenn die Arbeiter an die Prosperität des Staates gebunden seien und wenn die Prosperität des Staates wiederum auf der Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen im Staate beruhe, auch die Interessen der Arbeiter in den großen Linien mit denen der wirtschaftlichen Unternehmen gleichlaufend sein müßten. Diese Tatsache sei gerade in den Kreisen der Arbeiter lange verkannt worden. — Habe somit der Arbeiter ein Interesse an der Prosperität des Unternehmens, so liege andererseits auch ein Interesse der Unternehmer am Wohlergehen der Arbeiter vor. Arbeiter, die in gesunden Wohnungen und auskömmlichen Existenzbedin-

gungen leben, leisteten mehr und besseres als schlecht-situierete Arbeiter. Gerade die deutsche Industrie habe früher den hohen Wert umfassender Arbeiterfürsorge erkannt und entsprechend gehandelt. — Einer direkten Beteiligung der Arbeiter an den Unternehmergewinnen kann Rechberg nicht das Wort reden, weil sonst logischerweise die Arbeiter auch an den Verlusten teilnehmen müßten.

Die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Unternehmungen in der Hand des Staates würde nach Rechberg „bei näherer Prüfung ebenfalls den Interessen der Arbeiter nicht entsprechen“, weil die technischen Fortschritte zum guten Teil durch die Konkurrenz in der Privatwirtschaft bedingt seien, weil das wichtige treibende Element des Wettbewerbs dann ausgeschaltet wäre, und weil dem Staate als organisierter Einheitsmacht gegenüber die Arbeiter kein Gewicht haben würden. Der Künstler-Politiker vergißt, daß mit der Sozialisierung der Wirtschaft auch die Demokratisierung der Staatsverwaltung Hand in Hand gehen würde, so daß der „Staat“ nicht wie jetzt etwas besonderes, sondern lediglich der Ausdruck des Mehrheitswillens sein würde. Und da die Arbeiter immer in der Mehrheit sein werden, könnte es grundsätzliche Differenzen zwischen ihnen und dem „Staate“, also der Regierung nicht geben. Eine besondere „Staatsraison“, der heute so viele berechnete Arbeiterinteressen geopfert werden, die aber nur eine Raison der Herrschenden und Besitzenden ist, könnte es dann gar nicht mehr geben.

Kurz und gut: Rechberg gelangt zu dem Schlusse, die Arbeiter müßten die Verstaatlichung der Privatwirtschaft verhindern; eine zu weitgehende Veseitigung des Erbrechts würde für sie ungünstig sein; der besseren Entlohnung der Kopfarbeit dürften sich die Arbeiter nicht widersetzen, was übrigens noch nicht geschehen ist; auch die Versuche, die Gewinnansichten der Industrie durch die Gesetzgebung zu eng zu begrenzen, scheine für die Arbeiter nicht unbedenklich; dagegen müßten sie die industrielle Dezentralisation unterstützen. Am besten sei es, wenn jeder Arbeiter auf eigenem Grund und Boden hausen und einen Teil der nötigen Naturprodukte selbst erzeugen könne. Auch „einen gewissen Luxus in der Lebenshaltung der Nation“ — Nation ist köstlich! — dürfe der Arbeiter nicht bekämpfen; denn die Ausgaben für inländische Luxusobjekte fließen schließlich dem Arbeiter wieder zu. — Jeder solle auf allen Gebieten den Weg zur Betätigung offen finden. Deshalb sei es „erstrebenswert“, daß der Unterricht „auf niederen und höheren Schulen denkbar billig und, wenn möglich, kostenlos werde“. Letzte und höchste Aufgabe der Arbeiterpartei sei es, die Blüte des Gesamtstaates zu fördern. Der ausschlaggebende Faktor für die Führung des Staates sei aber die Leitung seiner auswärtigen Politik, die sich wiederum ihrerseits letzten Endes auf eine Wehrmacht stützen müsse, die stark genug sei, den Bestand der Nation zu sichern. Die deutsche Sozialdemokratie habe seit dem Ausbruch des Weltkrieges diesen Weg betreten, und sie werde zum Heile der Gesamtnation, mit dem das der Arbeiter unlösbar verbunden sei, darauf fortschreiten.

Nach diesem Satze hat Rechberg den Schlupfunkt hinter sein Schriftchen gesetzt. Er ist der Meinung gewesen, nun habe er alles Wichtige über die Arbeiterinteressen gesagt. Seine politische Naivität ist beneidenswert. Sie hat nur den einen Fehler, daß sie ein halbes Jahrhundert zu spät kommt. Als Schulze-Delitzsch in den sechziger Jahren die Arbeiter für den Glauben an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gewinnen wollte, tat er das mit denselben Argumenten, die sich jetzt in Rechbergs Schriftchen finden. Die Arbeiter haben damals das Trügerische der Schlussfolgerungen erkannt und sich von Schulze-Delitzsch abgewendet; sie werden heute, nachdem sie nicht durch, sondern gegen das Kapital eine selbständige und sturm-erprobte Macht geworden sind, keine Neigung verspüren, auf Trugschlüsse hineinzufallen, die nur einem politisch-fremden Künstler nicht als solche erkennbar sind. Wie politisch-farbenblind Rechberg ist, zeigt sein letzter Satz. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Politik vom 4. August 1914 lediglich das zur Wahrheit gemacht, was sie vorher stets schon

angekündigt hatte, nämlich die Pflicht zur Verteidigung des Landes anerkannt. Gewiß wird der Krieg auch von Einfluß auf ihre spätere parlamentarische Taktik sein. Aber grundsätzlich verrechnen sich alle die, welche ein Aufgeben des Klassenstandpunktes und des Klassenkampfes von ihr erwarten. So vieles in Rechbergs Schriftchen auch richtig und gesund ist, seine Folgerungen sind, soweit sie auf eine grundsätzliche Harmonie zwischen Arbeit und Kapital hinauslaufen, grundfalsch. Sein Schriftchen ist falsch betitelt. Es darf nicht heißen „Arbeiterinteressen“, sondern Unternehmerinteressen. Den sozialpolitischen Problemen gegenüber ist Rechberg sein eigener „Jüngling von Sais“.

Zur Lage in Oesterreich.

Im Laufe des Krieges ist die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes wiederholt auf Oesterreich gerichtet gewesen. Nur selten konnte das geschehen mit angenehmen Empfindungen; weit häufiger waren wir enttäuscht, ungehalten oder direkt zornig erregt über das, was im Donaureiche geschehen oder auch — nicht geschehen war. Niemand zweifelte zwar daran, daß Oesterreichs Bundesgenossenschaft ehrlich gemeint war; aber die vielfachen militärischen Mißerfolge und üble Zustände im Innern erregten unsere Sorge und unsern Unmut. Auch der politisch wenig Unterrichtete merkte heraus, daß gar manches im Staate Oesterreich faul sein müsse. Es hätte dazu der Vettelei um Brotkorn und Kartoffeln nicht erst bedurft. Hatte man das vor dem Kriege als eine uns wenig berührende Sache ansehen dürfen, so änderte sich das durch den Krieg. Und nachdem neuerdings die Wirtschaftvereinigung von Mitteleuropa, also die innere Gemeinschaft Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei stark befürwortet wird, gewinnen natürlich die Zustände in Oesterreich für uns erhöhte Bedeutung. Wir müssen wissen, wie der Staat beschaffen ist, mit dem eine innige Zoll- und Wirtschaftsvereinigung angestrebt werden soll.

Oesterreich-Ungarn ist politisch wie geschichtlich ein ganz merkwürdiges Gewächs. Der Nachweis ist leicht, daß dieser Staat im wahrsten Sinne des Wortes zusammengeheiratet worden ist. Böhmen, Tirol, Steiermark, Kärnten, Ungarn, Mähren — alle diese Länder sind durch Heiraten mit dem Hause Habsburg verbunden worden. Schon vor 450 Jahren soll der Ungarönig Corbinus gesagt haben: „Bella gerant alii! tu, felix Austria, nube!“ „Laß andere (zur Vergrößerung ihrer Reiche) Krieg führen; du, glückliches Oesterreich, heirate!“ Politisch ist Oesterreich ein eigenartiges Ding, weil es ganz verschiedene Völkerschaften mit ganz entgegengesetzten nationalen Zielen verbindet, die sich seit Jahrhunderten gegenseitig bekämpfen und doch nicht auseinanderfallen können. Das bekannte Spottwort: „Nur immer langsam voran, daß die österreichische Landwehr nachkommen kann!“ ist in der Tat das Leitmotiv österreichischer Verwaltung und Politik. Graf Taaffe, ein früherer österreichischer Premierminister, hat sich offen zum Grundsatze des „Fortwurstelns und Durchfretens“ bekannt. Unter dem verstorbenen Kaiser Franz Josef, der über ein halbes Jahrhundert lang regiert hat, ist namentlich in den letzten zwei Jahrzehnten beständig der Entscheidung dringender Streitfragen ausgewichen worden. Er wollte seine Ruhe haben, und seine Minister sollten ihm diese Ruhe verschaffen. Graf Stürgkh, der von Friedrich Adler erschossene Premier, verbandte, wie Unterrichtete behaupten, seine feste Stellung namentlich seiner Fähigkeit, für äußere Stille zu sorgen und Aufregungen vom greisen Franz Josef fernzuhalten.

Als vor zwei Jahren der jugendliche Kaiser Karl ans Ruder kam, schien ein neuer Geist in die Wiener Hofburg und in die Regierung einzziehen zu wollen. Moderner denkende Männer kamen; doch einer nach dem andern verschwand wieder, ehe sie ihre Pläne ausführen, die Staatsmaschine besser in Gang bringen konnten. Beck und Klein, Körber und Czernin, Hohenlohe und Esterhazy traten wieder ab, ehe sie richtig warm werden konnten. Und Freiherr v. Saffarek, der jetzt die Geschicke des Donaureiches leitet,

ist als alter persönlicher Freund und Ministerkollege Stürgk's ganz von dessen Geiste durchdrungen. Er verhandelt und verhandelt, aber der Staatsstarrheit rückt nicht vom Flecke. Anläufe zu Reformen sind genug gemacht worden, doch dabei ist's auch geblieben. Der berühmte Paragraph 14 muß nach wie vor herhalten, und das Parlament bleibt ausgeschaltet. Das wirkt um so verhängnisvoller, als durch den Krieg die nationalen Leidenschaften namentlich bei den Tschechen in gefährlicher Weise aufgeflammt sind. Sind die Spannungen in den deutsch-österreichischen Kronländern gefährdend, so sind sie in Ungarn, das beinahe eine eigene Verfassung und eigene Justiz hat, so daß es nur durch die Person des Kaisers als König von Ungarn mit Oesterreich verbunden ist, unbefriedigend gelöst. Ungarn hat sich ein neues Wahlgesetz geleistet. Dem Volke war das allgemeine Wahlrecht versprochen worden. Nach dem neuen Gesetze ist jedoch das Wahlrecht vom Besuch einer sechsklassigen Schule abhängig gemacht. Die meisten Schulen Ungarns sind nur vierklassig. Nicht nur auf dem Lande, auch in den Städten bilden sie die Mehrzahl. Allen Kindern, die nur diese Schulen durchgemacht haben, bleibt das Wahlrecht vorenthalten. Auch die heimkehrenden Kriegsteilnehmer werden nicht wählen dürfen, wenn sie nicht eine sechsclassige Schule durchlaufen haben. Dieses Wahlrecht ist eine grobe Lüge und ein schnöder Vertrauensbruch gegenüber dem Volke.

Ganz verworren ist auch das Verhältnis zu den Tschechen. Ein darüber in der Wochenschrift „Die Glocke“ veröffentlichter Artikel weist auf die große politische Dummheit hin, die in dem gegen Dr. Kramarsch angesponnenen Hochverratsprozeß zum Ausdruck gelangte. Denn der Verurteilung zum Tode habe die Begnadigung folgen müssen, und nunmehr sei Kramarsch der tschechische Nationalheilige. Früher sei der Hochverrat der Tschechen ein heimlich hingeflüstertes, halbernstes Gerücht gewesen, jetzt sei es eine modische Redensart geworden, und vom tschechischen Abgeordneten Dr. Stransky, einem zehnfach prostituierten Politiker, den Bernerstorfer einst als einen der schmutzigsten Gefellen bezeichnet habe, sei im Reichsrat mit zynischer Freude die tschechische „Treue im Verrate“ verkündet worden. Die Hunderttausende zu den Russen übergelaufenen Soldaten dürfen nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren, wo sie von ihren Eltern, Frauen oder Bräuten sehnsüchtig erwartet werden. Ihre Verbannung hat in Rußland zur Bildung der tschecho-slowakischen Banden geführt, ihre Angehörigen aber zu Todfeinden der deutschen Regierung in Oesterreich gemacht, während viele dieser tschecho-slowakischen Elemente bei verständiger Behandlung für gemeinsame Arbeit mit den Deutschen zu gewinnen gewesen wären.

Wie die Tschechen, so sind auch die südslawischen Stämme Oesterreichs in offene Feindseligkeit zum deutschen Regimente getreten. Vollends vergiftet worden ist das Verhältnis zu den Polen, die durch Zuerkennung des Cholmer Bezirks an die Ukraine vor den Kopf gestoßen worden sind. So wollen die Tschechen ihren eigenen Staat haben, die Polen ihren polnischen Nationalstaat und die Südslawen ihr südslawisches Reich. Aus diesen Wirren ist Oesterreich noch nicht heraus; es ist auch noch kein gangbarer Weg erkennbar, den die Regierung zu gehen gewillt wäre. Genosse Dr. Karl Renner tritt für Gewährung der staatlichen Selbständigkeit an die einzelnen Nationen ein. Er erblickt darin die einzige Möglichkeit zur Lösung des Problems. Allerdings dürfte dann der Begriff Patriotismus nicht gleichbedeutend sein mit irgendeinem dynastischen Interesse. Der junge Kaiser hat sich von Renner Vortrag über diese Frage halten lassen, doch von einem Umbau Oesterreichs in einen Völkerstaat ist noch nichts zu merken. Dagegen glaubt man, die Polen versöhnen zu können dadurch, daß ihnen ein Erzherzog als König angeboten worden ist. Bisher ist noch nicht bekanntgeworden, daß die Polen dieses ihnen zugebotene Geschenk anzunehmen bereit sind.

So steht unser Nachbarreich inmitten schwerer nationaler und politischer Wirren. Es ist nicht überflüssig, daß man sich in Deutschland dieser Tatsache immer gegenwärtig ist. Die „herzliche Harmonie“ zwischen Monarchen und Regierungen sichert heutzutage noch weniger eine gedeihliche zukünftige Entwicklung als früher.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Neue zentrale Verhandlungen über eine weitere Steuerungszulage. Am 29. August, nachmittags 4 Uhr, lief das nachstehende Telegramm ein:

Zentralverband der Zimmerer, Hamburg.
Befenbinderhof 57.

Wir sind zu Verhandlungen am 9. und 10. September im Reichswirtschaftsamt bereit und haben außerordentliche Hauptversammlung zum 11. September einberufen.

Geschäftsführender Aussch.
Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Unterm 31. August ging die offizielle Einladung zu zentralen Verhandlungen über eine neue Steuerungszulage vom Reichswirtschaftsamt zum 9. September d. J. ein.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe hat der Zentralverband unseres Verbandes an das Reichswirtschaftsamt eine Eingabe gerichtet, worin eine Darstellung enthalten ist, wie sie sich aus Zuschriften, Anträgen und Beschwerden aus Mitgliedskreisen unseres Verbandes ergeben hat. Die Darstellung erstreckt sich auf erstens die gestiegene Teuerung aller Lebenskosten und die Unzulänglichkeit der Lohn-einkommen, und zweitens auf die systematische Veränderung des Tarifvertrages zum Schaden der Arbeiter. Im ersten Teil der Eingabe wird an der Hand von reichhaltigem Material nachgewiesen, daß die in den Verhandlungen im November vorigen Jahres von Vertretern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vertretene Auffassung, die Teuerungsverhältnisse könnten nicht mehr in die Höhe gehen, es sei bald die Grenze überschritten, sich als durchaus irrig erwiesen habe; es wird betont, daß, wenn im Tarifverhältnis im Baugewerbe der Grundsatz von Treu und Glauben Geltung haben sollte, an die Vereinbarung einer neuen Teuerungszulage herangegangen werden müsse. Der zweite Teil wird eingeleitet mit dem Hinweis, daß bei allen zentralen Verhandlungen seit Februar 1916 die Tarifparteien darin einig gewesen sind, daß Änderungen des Tarifvertrages nicht in Betracht zu ziehen sind, sondern nur über eine Kriegsteuerungszulage zu verhandeln sei und in welchem Umfange sie gewährt werden solle. Nichtsdestoweniger sei der Tarifvertrag während der Kriegszeit sehr wesentlich zum Schaden der Arbeiter verändert worden, wofür in dem weiteren Inhalt der Eingabe der Beweis angetreten wird. „Daß der Tarifvertrag — so heißt es am Schluß der Eingabe — in weiten Kreisen der Bauarbeiter als eine Fessel, ja, als ein Fluch aufgefaßt wird, ist schon bei den vorausgegangenen zentralen Verhandlungen von Seiten der Arbeitervertreter ausgeführt worden. Allein, wo man gewahr wird, daß der Tarifvertrag diese Eigenschaft erst durch seine Verbindung mit dem Hilfsdienstgesetz und seiner Handhabung durch die Organe desselben erhält, da macht sich die Auffassung immer schärfer bemerkbar, daß bei dieser Handhabung nicht so sehr Kriegsnotwendigkeiten maßgebend seien, sondern Rücksicht auf die Interessen der Kriegsgewinnler. Zu welchen praktischen Ergebnissen solche Auffassung führt, auszu-deuten, können wir unterlassen, da die Schlussfolgerungen ohnehin klar auf der Hand liegen.“

Es sind recht unliebsame Stimmungen, die die dargestellte Umwandlung des Tarifvertrages in Arbeiterkreisen auslöst, und wir möchten das Reichswirtschaftsamt bitten, seinen Einfluß gegen diese Umwandlung einzusetzen.“

Die Steuerungszulagenbewegung in Stuttgart, soweit sie die bei den Unternehmern beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter angeht, die für die Daimlerwerke Bauten ausführen, ist am 21. August Gegenstand einer Verhandlung gewesen. Wie schon in Nr. 34 des „Zimmerer“ mitgeteilt, waren diese Verhandlungen gelegentlich von Differenzen bei den in Frage kommenden Firmen zugestanden und bis zu ihrem Stattfinden eine Zulage von 15 % pro Stunde zugesichert worden. Für alle Bauarbeiter und Zimmerer Stuttgarts zu verhandeln, lehnten die Unternehmer ab, weil sie dafür nicht zuständig seien. Der Verhandlungsleiter erklärte, daß er mit Zustimmung der übrigen Unternehmer eine Zulage von 10 % pro Stunde bewilligen dürfe. Dieses Angebot wurde von den Arbeitervertretern für gänzlich ungenügend bezeichnet, worauf die Unternehmer es auf 6 % pro Woche erhöhten. Die Arbeitervertreter zeigten sich nicht abgeneigt, zuzustimmen, jedoch verlangten sie daneben die Übernahme des Jahrgeldes von 3 % pro Woche. Das lehnten die Unternehmer ab, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Zum Nachmittag desselben Tages waren die Arbeitervertreter auf das Kriegsamt geladen, wo ihnen eröffnet wurde, daß die Unternehmer anstatt der gebotenen 6 % pro Woche M 7,50 bewilligen wollten. Dieses Ergebnis wurde am 22. August einer gemeinschaftlichen Versammlung der Bauarbeiter und Zimmerer unterbreitet, die ihre vorläufige Zustimmung gab in der Erwartung, daß es durch die zentralen Verhandlungen noch eine beachtliche Erhöhung erfahren werde.

Zur Steuerungszulage in München berichteten wir in Nr. 34 des „Zimmerer“, daß es bei der Firma Leonhard Moll zu Differenzen gekommen sei, die nur dadurch ihre Erledigung gefunden hätten, daß die Direktion der Bayerischen Motorenwerke die Forderung, eine Aufwandsentschädigung von 25 % pro Stunde, bewilligt habe. Dazu wird uns jetzt geschrieben, daß die Direktion folgendes Zugeständnis machte: Die Arbeiter haben unverzüglich zur Arbeit zurückzukehren. Die Direktion der Werke erklärt sich bereit, die Differenzen zwischen der Forderung und der möglicherweise vom Arbeitgeberverband zu bewilligenden Zulage zu decken. Zur Auszahlung der Zulage sollte die Firma berechtigt sein. Dieser Ausgang hat scheinbar der Firma Moll nicht zugesagt. Sie hat den Arbeitgeberverband angerufen, und dieser soll die Zahlung der Zulage unterlag haben. Der Arbeitgeberverband wiederum suchte die Sache unserer Zahlstelle München anzuhängen und stellte sie so dar, als wolle ein Irrtum ob und als habe die Direktion nur eine Zulage in Aussicht gestellt. Eine Nachfrage bei der Direktion der Motorenwerke hat jedoch ergeben, daß der Irrtum bei dem Arbeitgeberverband und seinem Sekretär Bergmüller liegt. Unsere Zahlstelle hat nunmehr die Kriegsamtstelle München gebeten, die Firma zur Zahlung der Zulage zu veranlassen.

Eine Steuerungszulage für Nördlingen in Höhe von 12 % pro Stunde ist mit dem 1. September in Kraft getreten. In der hierüber getroffenen Vereinbarung ist vorgesehen, daß bei einem weiteren Steigen der Preise über eine weitere Erhöhung der Zulage verhandelt werden kann.

Forderungen in Altenburg. Unsere Kameraden in Altenburg sind mit ihrer Forderung auf eine Steuerungs-zulage von den Unternehmern abschlägig beschieden worden mit der Begründung, die Lagen des Tages mit ihnen (den Unternehmern) in Geduld weiter tragen zu wollen.

Eine Steuerungszulage für Memel, wie sie von unsern Kameraden gefordert wird, erkennen die Unternehmer, wie sie in ihrer Antwort versichern, rückhaltlos an. Da aber

eine örtliche Lohnerhöhung schon deshalb nicht möglich sei, weil diese von den Unternehmern aus eigener Tasche bezahlt werden müsse, könnten nur Verhandlungen zwischen den Organisationen unter Leitung der Regierung in Frage kommen, weil zugleich auch die Erstattung einer eventuellen Zulage geregelt werden müsse. Die Forderung ist dem Ostpreussischen Arbeitgeberbezirksverband übermittelt worden.

Forderungen in Augsburg auf eine Teuerungszulage hat der örtliche Arbeitgeberverband dem Südbayerischen Bezirksverband für das Baugewerbe übermittelt und unsern Kameraden empfohlen, die angestrebten zentralen Verhandlungen abzuwarten.

Forderungen in Bonn. Dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Bonn haben unsere Kameraden dortselbst die Forderung unterbreitet, für das Lohngebiet Bonn die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen, wie sie der Tarifvertrag für das Kölner Lohngebiet vorsieht. Die Antwort des Bonner Arbeitgeberverbandes, die sich besonders durch ihre Kürze auszeichnet, lautet: Dem Inhalt Ihres Schreibens vom 24. dieses Monats können wir nicht nahe treten, und wollen Sie sich an die Ihnen bekannte Stelle wenden, die für diese Angelegenheit zuständig ist.

Forderungen in Mannheim. Die Mannheimer Zimmerer haben sich mit einer Eingabe an die Arbeitgeber gewendet, worin außer einer Lohnerhöhung und Regelung der Zulagen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit eine angemessene Behandlung gefordert wird. Besonders wird darin gebeten, um Unterlassung der Drohung gegenüber reklamierten und abkommandierten Zimmerern mit dem Schützengraben. Die Zimmermeistervereinigung Mannheim hat darauf geantwortet, daß sie die Eingabe an den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband weitergegeben und von diesem Anweisung erhalten habe, daß die von den Zentralorganisationen getroffenen Vereinbarungen nur durch die Zentralvorstände abgeändert oder aufgehoben werden könnten. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband hat, wie aus seiner Antwort erhellt, die Eingabe an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe weitergeleitet.

Die Zimmerer von Ludwigshafen haben gleichfalls Forderungen an die Arbeitgeber eingereicht, in der nämlichen Höhe, wie sie in Mannheim gestellt sind.

Forderungen in Regensburg auf eine Steuerungszulage sind vom dortigen Arbeitgeberverband dahin beantwortet worden, daß darüber, wie bisher, von den Zentralorganisationen entschieden werden müsse.

Um eine Steuerungszulage für Nürnberg-Fürth, Hof, Bayreuth, Bamberg, Würzburg und Schweinfurt zu erlangen, wurde dem Nordbayerischen Bezirksverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe eine gemeinschaftliche Eingabe zugestellt. Sie hat, wie dieser erwiderte, einer Vorstandsitzung vorgelegen, und der Vorsitzende ist beauftragt worden, bei der demnächst stattfindenden Ausschusssitzung des Deutschen Arbeitgeberbundes für Verhandlungen um eine neue Steuerungszulage vor dem 1. Oktober einzutreten.

Forderungen in Zwickau. Unsere Zwickauer Kameraden haben mit dem Hinweis auf die teuren Lebenskosten die Arbeitgeber um eine Lohnaufbesserung gebeten. Der erhoffte Erfolg ist leider bis jetzt ausgeblieben.

Der Tarifvertrag im Baugewerbe in Lehe-Geestemünde und das Kriegsamt. Die Werft von Seebeck & Co. in Geestemünde beschäftigt in eigener Regie Maurer und Zimmerer zu einem Lohn von 73 % pro Stunde, während der Tariflohn einschließlich Steuerungszulage M 1,10 beträgt. Die dort Beschäftigten erreichen den Tariflohn nur dadurch, daß sie in Alford arbeiten. Um diesem Mißstand zu begegnen und auch für den Seebeck'schen Betrieb den Tariflohn zur Anerkennung zu bringen, haben sich der Arbeitgeberverband an der Unterwerfer und die örtlichen Organisationen der Bauarbeiter und Zimmerer gemeinsam an das Kriegsamt gewendet. Dieses hat dahin entschieden, daß industrielle Unternehmungen zur Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen nicht verpflichtet sind. Ob trotzdem eine entsprechende Entlohnung der in solchen Betrieben beschäftigten Bauarbeiter eintreten solle, könne von Fall zu Fall entschieden werden. Diesem vom Kriegsamt vertretenen Standpunkt können natürlich die Organisationen unter keinen Umständen beitreten. Eine möglichst schnelle Revision desselben wäre im allseitigen Interesse nur dringend zu wünschen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. Ueber das Thema: „Unsere Lohnfrage und die Entscheidungen des Kriegsausschusses“ referierte Kamerad Witt am 26. August in einer allgemeinen Mitgliederversammlung. Nebner schilderte die Methoden und Mittel des Unternehmerverbandes, den Zimmerern für die ihnen aus ihrem Berufe erwachsenen besonderen Aufwendungen, wie Kleidung, Schutzeug und Handwerkzeug, vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anerkannte Steuerungszulage von 15 % für die Stunde zu verweigern. Sodann berichtete er eingehend über die Verhandlungen des Kriegsausschusses für das Baugewerbe in Sachen der gestellten Lohnforderungen unserer Kameraden bei den vier Bau-firmen Schäfer, Heß & Grande, Döderhoff & Widmann, Habermann & Gude, über deren Ergebnis im Verbandsorgan Nr. 34 bereits ein Bericht erschienen ist. Zum Schluß behandelte er die augenblicklich besonders günstige Arbeitslage im Beruf und teilte mit, daß der Zahlstellenvorstand auf Grund der Arbeitsvermittlung durch das Bureau des Verbandes 80 Firmen festgestellt habe, wo ein Stundenlohn von M 1,85 bis M 2 gezahlt werde, und zwar bei 39 Firmen M 1,85, bei 18 Firmen M 1,90, bei 4 Firmen M 1,95 und bei 19 Firmen M 2. Mitthin ein Beweis, daß die Kameraden trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen die Unternehmer in den Weg legen, es verstanden haben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und daß bei entsprechender Agitation und Werbearbeit für den Verband weitere Erfolge nicht ausbleiben dürften. Dem Referat

folgte eine kurze Diskussion, in der zum Ausdruck kam, daß unter den vom Referenten dargelegten Umständen ein günstigeres Resultat nicht zu erreichen war und man aus dem Grunde sich mit der Entscheidung des Kriegsausschusses vorläufig begnügen müsse.

Bremen und Umgebung. Eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung am 1. September beschäftigte sich nach einem Referat des Kameraden Wolgast, Hamburg, mit Lohn- und Tariffragen sowie mit den Beitrags- und Unterstützungseinstellungen unseres Verbandes. Einstimmig gelangte nachstehende Entschliessung zur Annahme: „Die fortwährend steigenden Ausgaben für sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel machen eine baldige ausreichende Lohnerhöhung für alle Lohngebiete der Zahlstellen Bremen absolut notwendig. Die Versammlung wünscht dringend, daß bei Abschluß von Tarifverträgen den Zahlstellen größere Mitwirkung eingeräumt wird. Sie tritt nach wie vor den Standpunkt, daß die Tariflöhne Mindestlöhne sind, und daß daher die Forderung höherer Löhne durch einzelne Arbeiter oder die Gewährung von solchen durch einzelne Arbeitgeber dem Tarifvertrag durchaus nicht widerspricht. Die Versammlung fordert auch, daß die tariflichen Bestimmungen in Zukunft mehr als bisher den durch die Verteuerung der Lebenshaltung fortgesetzt wachsenden Bedürfnissen der Arbeiter angepaßt werden. Bei dem geschlossenen Widerstande der Arbeitgeber gegen diese Forderung kann sie nur durch eine energische Betätigung aller Verbandmitglieder zur Anerkennung gebracht werden. Die Versammlung hält weiter einen Ausbau beziehungsweise Anpassung aller Unterstützungseinstellungen unseres Zentralverbandes (Arbeitslosen-, Streikunterstützung usw.) an die veränderten Verhältnisse für dringend erforderlich. Sie erklärt sich bereit, der Zentralkasse die hierfür notwendigen höheren Beiträge zuzuführen, und empfiehlt zu dem Zwecke eine Ausdehnung der Beitragsleistung auf 52 Wochen im Jahre und eine Erhöhung des Beitrages um 20 % bis 30 % pro Woche. Die Versammlung erwartet, daß die Zentralkasse durch eine derartige Mehrleistung an Beiträgen den Anforderungen, die der Ausbau aller Unterstützungseinstellungen des Verbandes erfordert, gerecht zu werden vermag.“

Danzig und Umgebung. Hervorgehoben durch die fortgesetzten Verteuerungen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie der Wohnungsmietsteigerungen sahen sich die Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter bei denjenigen Danziger Arbeitgeber des Baugewerbes, die die niedrigsten Löhne zahlen, genötigt, um eine Erhöhung der Stundenlöhne anzutragen. Mit nichtsagenden Redensarten wurden die Arbeiter, trotz ihrer dringendsten Einwendungen, abgewiesen. Ein anderer großer Teil der Arbeitgeber von Danzig sowie sämtliche auswärtige Baufirmen haben die Notwendigkeit der Aufbesserung der Lohnverhältnisse längst eingesehen und die Wünsche der Arbeiter befriedigt. Nur ein kleiner Teil der Danziger Baufirmen sträubt sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und die vollkommen unzureichenden Löhne aufzubessern. Die Nachfrage nach Maurern und Zimmerern ist sehr groß. Einsichtige Arbeitgeber haben dem Schreiber dieses wiederholt erklärt, daß sie einsehen, daß mit den jetzigen Löhnen nicht auszukommen ist. Sie zahlen gern einen höheren Lohn, um sich arbeitsfreie Arbeiterkräfte zu erhalten. Die Löhne betragen sich bei dem größten Teil der Beschäftigten zwischen M 1,30 bis M 1,60 die Stunde für Maurer und Zimmerer. Den wenigen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ist dieser gesunde Zustand ein Dorn im Auge. Sie möchten mit Hilfe der militärischen Stellen dasjenige durchsetzen, was ihrer Organisation nicht gelingt. Das nachstehende, sehr interessante Schreiben ist vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe allen Firmen, auch Nichtmitgliedern des Arbeitgeberverbandes, gesandt worden:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Danzig.

Nachstehende Abschrift den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung.

Danzig, den 16. August 1918.

Der Vorstand. gez. Niechert.

In der auf heute nachmittag 5½ Uhr angesetzten Besprechung berichteten die Herren Niechert, König, Dr. Roste und Roder über das Ergebnis ihrer Vorstellungen bei der Kriegsamtsstelle. Nach diesem Bericht wird dem Arbeitgeberverband anheimgestellt, eine Eingabe an die Kriegsamtsstelle zu richten. In dieser Eingabe soll angegeben werden, welche Löhne im Höchstfalle gezahlt werden sollen und welche Strafen den Unternehmer treffen soll, wenn die Höchstlöhne überschritten werden. Die Kriegsamtsstelle wird dann das stellvertretende Generalkommando ersuchen, eine Verordnung in diesem Sinne zu erlassen und bei Zuwiderhandlungen empfindliche Strafen androhen.

Es wurde heute folgendes beschlossen:

1. Es soll eine Eingabe an die Kriegsamtsstelle gerichtet werden.
2. Es werden folgende Höchstlöhne für angemessen erklärt: für Maurer, Zementfacharbeiter und Zimmerer M 1,26, für Bauarbeiter M 1. Jugendliche, Frauen, nicht Vollwertige unterliegen besonderer Vereinbarung.
3. Die Ausarbeitung und Unterzeichnung der Eingabe wird den Herren Dr. Roste, Roder, König und Niechert übertragen.

Die von den einzelnen Unternehmern den Arbeitnehmern zu erteilenden Antworten sollen in einheitlicher Form erfolgen, und zwar nach folgendem Muster:

Ihre Eingabe vom betreffend Lohnforderung, habe ich durch den Arbeitgeberverband im Baugewerbe in Danzig Ihrer hiesigen Organisation zur weiteren Veranlassung übersandt. Für den Fall der Arbeitsniederlegung mache ich Sie auf die Folgen der bestehenden Kriegsgesetze aufmerksam.

(Fällt weg, wenn Niederlegung nicht angedroht.)

Für den Fall Arbeitsniederlegung verpflichten sich die Anwesenden, nur gemeinschaftlich vorzugehen durch Mitteilung an den Arbeitgeberverband.

Den bisher zu höheren Löhnen arbeitenden Personen dürfen diese Löhne bis zur Regelung der Eingabe durch die Kriegsamtsstelle weiter gezahlt werden; den neu Eintretenden sollen dagegen keine höheren Löhne als die

heute für angemessen erklärten gezahlt werden. Alle Anwesenden sollen eine Abschrift dieser Verhandlung erhalten.

Albrecht. Voelting. Falk. Berg & Co. Geh. Holzmann. Krüger. König. Roder. Grün & Wilsinger. Jaschowski. Prochnow. Dr. Roste für Wagh & Freytag.

Selbst einige hiesige Arbeitgeber fühlen sich durch dieses Vorgehen ihrer Kollegen in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen sehr bedroht. Sie erklärten den Organisationsvertretern mit Recht, daß durch ein solches Vorgehen des Arbeitgeberverbandes ihnen ihre Arbeitskräfte genommen werden, daß sie heute schon weit höhere Löhne zahlen als in dem Schreiben in Vorschlag gebracht ist und daß ihre Arbeiter von ihnen fortgehen und sich besser bezahlte Arbeitsstätten suchen würden, falls sie den Wünschen des Arbeitgeberverbandes Rechnung trügen. Denn dadurch wäre ihnen die Möglichkeit genommen, sich bei Vergütung von Bauarbeiten zu beteiligen, wodurch sie schwere wirtschaftliche Nachteile haben würden. Die Bauarbeiter werden natürlich, falls dem Verlangen der Arbeitgeber von seiten des Generalkommandos stattgegeben werden sollte, nicht mit Gewehr bei Fuß stehen bleiben, sondern ihre Rechte zu wahren wissen. Solange es keine Grenze nach oben für die Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel gibt, solange können die Arbeiter ebenfalls ihre Arbeitskraft — das einzige Gut, das sie zu verkaufen haben — zu bewerten, wo ihnen der höchste Lohn winkt. Würde, was wir nicht erwarten, anders gehandelt werden, so würde der angesammelte Zündstoff schließlich zur Entladung kommen, und das wäre im Interesse der geschlossenen Heimatfront sehr zu bedauern. Nach einer antilichen Statistik einer hiesigen Behörde braucht ein lediger Arbeiter, der in der Speisekammer ist und im übrigen nur rationierte Lebensmittel kauft, für die, Kleidung, Wohnung usw. einen Betrag von M 36,42 pro Woche. Nimmt man nun eine Durchschnittsfamilie von Mann, Frau und zwei Kindern an und legt für die Kinder nur eine Berechnung von 50 pSt. dieser Ausgabe zugrunde, so ergibt diese Berechnung zweimal M 36,42 und zweimal M 18,21 = M 109,26 Ausgabe pro Woche. Ein Lohnsatz von M 1,26 pro Stunde ergibt bei täglich neunzehnstündiger Arbeitszeit nur einen Wochenverdienst von M 70,56, so daß ein Minus von M 38,70 verbleibt. Dieses ist nur nett zu machen, indem Aufschaffungen von Bekleidungsstücken vollständig unterbleiben müssen, und das im fünften Kriegsjahr, wo bereits alles restlos aufgetragen ist. Was angesichts dieser Tatsache Familien mit einer sechsköpfigen Kinderzahl im kommenden Winter anfangen und womit sie ihre Kinder kleeiden sollen, um zur Schule gehen zu können, ist rätselhaft und bedarf dringend der Lösung.

Eisenach. Am 16. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom zweiten Quartal; Referat des Gauleiters Dowe, Leipzig, über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften; Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der zweite Vorsitzende das Ableben des Gauleiters Richard Rudloff, Erfurt, und des ersten Vorsitzenden Karl Gill, Eisenach, mit. Die Verstorbenen wurden durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dann verlas der erste Kassierer, Ernst Ehardt, die Abrechnung vom zweiten Quartal, die nach einer Anfrage des Kameraden Müller einstimmig angenommen wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Gauleiter Gustav Dowe, Leipzig, welcher nach dem Tode unseres Gauleiters Rudloff den Gau Thüringen vorläufig vertritt, hielt dann einen Vortrag, der von den Kameraden mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion sprachen verschiedene Kameraden über die jetzigen Lohnverhältnisse und die immerwährend steigende Verteuerung der Lebensmittel, Kleidung und Werkzeuge. Der Lohn sei viel zu niedrig. Ein Antrag wurde gestellt, sofort mit den Arbeitgebern am Orte in Verbindung zu treten betreffs einer weiteren Lohnerhöhung und einer besseren Verteilung der Lebensmittel an die Zimmerer Eisenachs, da dieselben auch als Schwerstarbeiter zu betrachten, aber bis jetzt ohne Berücksichtigung geblieben sind. Dieser Antrag wurde von den Kameraden einstimmig angenommen, und der Vorstand wurde beauftragt, dies sofort den Arbeitgebern zu unterbreiten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Rosfen. Am 25. August fand im „Deutschen Krug“ eine Mitgliederversammlung statt, die sich nach einem Referat des Kameraden Köhler, Dresden, mit den Löhnen der Zimmerer und den Preisen für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel befaßte. Nach eingehender Debatte gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, worin ausgesprochen wird, den Arbeitgebern halbmöglichst zu verstehen zu geben, daß eine schnelle Teuerungszulage dringend notwendig ist. Anschließend hieran wurde noch über die geplanten Veränderungen der Unterstützungseinstellungen unseres Verbandes berichtet, deren endgültige Erledigung einer Generalversammlung vorbehalten bleibt. Mit den beabsichtigten Reformen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Münberg. In unserm Bericht über die Juni-Agitation in Nr. 33 des „Zimmerer“ sind unter den Bezirken, wo wir zurzeit Mitglieder nicht haben, auch Eibach-Meißelsdorf und Rostall aufgeführt. Hierzu ist richtigzustellen, daß wir in Eibach zwei und in Rostall noch drei Mitglieder haben; sie werden jedoch als zu Münberg gehörig geführt. — Unsere Bemühungen, die Zimmerer als Schwerstarbeiter anerkannt zu sehen, sind scheinbar von Erfolg gewesen. Am 22. August richtete das Städtische Lebensmittelamt an unser Zahlstellenbureau telefonisch das Ersuchen, die Adressen aller Bauunternehmer, die Zimmerer beschäftigen, einzureichen. Dem Verlangen ist sofort entsprochen worden.

Stettin. Unsere Generalversammlung am 18. August ehrte eingangs das Andenken des in einem Feldlazarett verstorbenen Kameraden Wilhelm Brunkow und nahm hierauf die Abrechnung über das zweite Quartal entgegen. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Es folgte der Bericht über die örtlichen Verhandlungen über Auslösung, Jahrgeld, Fahrzeit, Entschädigung für Werkzeug usw. Hierzu wurde eine Entschliessung angenommen, worin zum Ausdruck kommt, daß die Auslösung für Cabelfisch von M 1 pro Tag dem Mehraufwand der Zimmerer in keiner Weise entspricht. Es müßten min-

destens M 2 gezahlt werden, und zwar für alle Arbeitsstätten außerhalb des Lohngebietes im Stettiner Industriegebiet. Bezüglich des Jahrgeldes und der Fahrzeitentschädigung wird ebenfalls ein Entgegenkommen der Arbeitgeber erwartet. Bedauert wird, daß der Arbeitgeberverband Stettin die Forderung auf Entschädigung für Werkzeugabnutzung abgelehnt hat, obwohl sie in jeder Hinsicht gerechtfertigt ist. Die Preissteigerung für Werkzeug ist ganz enorm; der Arbeitgeberverband kann gegen die Erfüllung einer solchen Forderung unmöglich etwas einwenden. Um so mehr bedauert die Versammlung, daß der Arbeitgeberverband Stettin diese Forderung ohne Verhandlung ablehnt. Sie hofft indes, daß in der Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, da die Zimmerer unmöglich ohne Zulagen auskommen können. Der dritte Punkt betraf die Teuerungszulage für Poliere und Postengesellen. Die Versammlung hielt es für selbstverständlich, daß unsere Mitglieder, die Poliere sind, die gleichen Zulagen fordern und erhalten wie die Mitglieder des Polierbundes. Unter „Verschiedenes“ wurde noch vom Kartelldelegierten über Lebensmittelfragen berichtet und außerdem über den Sacharbeitsnachweis diskutiert.

Würzburg und Umgebung. Am 18. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Mitteilungen; Vortrag des Gauleiters Promm über die geplanten Reformen in unserm Zentralverband; Diskussion; Anträge und Wünsche. Vom Schriftführer wurde das Protokoll der letzten Versammlung vorgelesen; es fand die Zustimmung der anwesenden Kameraden. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß sich die Redaktion des „Fränkischen Volksfreundes“ darüber beschwerte, daß die Zeitung von vielen Kameraden nicht gelesen würde. Bei der darauf folgenden Aussprache ergab sich aber, daß die Zahl der Abonnenten größer ist, als angenommen war. Ferner gab er an der Hand einer Statistik Aufschluß über die jetzige Teuerung. So kostet zum Beispiel ein Bettuch, das früher M 4 kostete, jetzt M 45; ein Paar Arbeitsstiefel, früher M 7, jetzt M 60 bis M 70 usw. Hierauf führte Gauleiter Promm aus, daß vom Zentralvorstand eine Reform der Beitragsleistungen sowie der Unterstützungsverhältnisse geplant sei, so zum Beispiel Ausdehnung der Beitragswochen von 42 auf 52; die Beitragsklassen sollen erhöht werden; die Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft statt 6 Wochen 12 Wochen gewährt werden. Auch soll damit eine Erwerbslosenunterstützung verbunden werden. Ebenso soll die Streikunterstützung eine Veränderung erfahren. Bei all den vorgeschlagenen Reformen seien die älteren Mitglieder besonders zu berücksichtigen im Gegensatz zu den neuzutretenden. Natürlich müßten sämtliche Vorschläge einer Generalversammlung vorgelegt werden; wann dieselbe stattfindet, kann jedoch unter den jetzigen Verhältnissen nicht bestimmt werden. Bei der darauf folgenden Diskussion wurden sämtliche Vorschläge im allgemeinen von den Kameraden gutgeheißen. Bedenken gegen vielleicht zu große Belastung der Kassierer wegen Erhöhung mehrerer Beitragsklassen wurden zerstreut. Anschließend hieran wurde von mehreren Kameraden um Aufschluß über die Bewegung des Polierbundes ersucht. Kamerad Promm betonte, daß der Anschluß desselben an den Kartellverband unserm Verbands nichts schaden könne. Die meisten Kameraden wollten jedoch davon nichts wissen. Bezüglich eines schon längere Zeit beurlaubten und in Arbeit stehenden Kameraden, der sich jedoch trotz Aufforderung bis heute noch nicht angemeldet hat, wurde beschlossen, daß der Vorsitzende den Betreffenden in Kenntnis setzen soll, daß, wenn er seinen Verpflichtungen in Kürze nicht nachkommen sollte, sein Anschluß erfolgen würde. Schließlich wurden zwei verunglückten Kameraden je M 15 Unterstützung aus der Lokalfasse bewilligt. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Zittau. Am 24. August fand eine Versammlung der Zimmerer statt mit folgender Tagesordnung: Die Lohnverhältnisse der Zimmerer in Zittau und die gegenwärtigen Preise aller notwendigen Bedarfsartikel; gewerkschaftliche Angelegenheiten. Kamerad Reinhard Köhler führte aus: Die vierjährige Kriegsdauer hat nicht nur für die am Kampf Beteiligten ungeheure Opfer an Gut und Blut gekostet, auch die Dahingeblichenen leiden seelisch und leiblich darunter. Trotz der langen Kriegsdauer würden die Entbehrungen leichter zu ertragen sein, wenn nicht neben der Knappheit an Lebensmitteln Wucherpreise eingesetzt hätten, die es dem Arbeiter besonders schwer machen, sich und seine Familie auch nur einigermaßen so zu ernähren, wie es im Interesse seiner Erhaltung notwendig ist. Schleich- und Tauschhandel tragen weiter dazu bei, daß die Verhältnisse immer schlimmer werden. Auch der Arbeiter ist heute gezwungen, infolge Knappheit der Rationen, die er erhält, Waren im Schleichhandel zu erstehen. Alle Maßnahmen gegen den Schleichhandel haben bis jetzt verjagt. Infolge dieser Zustände müßten die Lohnverhältnisse ganz andere sein, als sie es heute im allgemeinen sind. Auch die Zimmerer gehören zu den Arbeitern, deren Lohn heute nicht mehr ausreicht, ihren Lebensunterhalt auch nur im geringsten zu bestreiten. Die Kassen für die Lebenshaltung sind gegenüber der letzten Friedenszeit um weit über das Doppelte gestiegen, so daß die gewährte Teuerungszulage nicht ausreicht, einen Ausgleich herbeizuführen. Da der Zimmererberuf einer der schwersten ist, der an Kleidung, besonders aber an Schuhwerk große Anforderungen stellt, so werden auch hierdurch die Ausgaben wesentlich höher. Da der Zimmerer zur Ausübung seines Berufes außerdem das gesamte Handwerkszeug stellen muß, wofür die Preise weit über das Doppelte gestiegen sind, so tritt auch hier eine weitere Belastung ein. Die Debatte zeigte denn auch, daß alle Medner schriberten, daß mit dem gegenwärtigen Lohne von 94 % pro Stunde es unmöglich sei, eine Familie zu ernähren und zu erhalten. Allgemein kam auch der Wunsch zum Ausdruck, daß man von seiten der Behörden den Zimmerer trotz seiner schweren Arbeit nicht als Schwerstarbeiter anerkenne. Die Versammlung beschloß, zwei Kameraden zu beauftragen, an den hiesigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe sowohl wie an die Baugewerksinnung für Zittau und Umgebung eine Eingabe zu machen mit der Forderung, Verhandlungen anzubahnen zwecks Erreichung einer weiteren Teuerungszulage ab 1. Oktober dieses Jahres. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde kritisiert, daß die Baufirma Schulze, Zittau, in der hiesigen Presse Zimmerer zu günstigen Bedingungen nach dem Bahn-

bau Obersdorf sucht, ohne daß sie auch nur einen Pfennig mehr Lohn zählt, als tariflich festgelegt ist. Warum dann diese Zurechtweisung „günstige Bedingungen“? Hierauf schluß der Versammlung.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 29. August entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 4, Angerburg 10, Braunsberg 3, Gerdauen 10, Goldap 4, Gumbinnen 6, Insterburg 10, Königsberg 20, Lyda 25, Marienburg 9, Willkallen 25, Stallupönen 3; Westpreußen: Danzig 6, Elbing 7, Graudenz 5, Schwie 8; Pomern: Gollin 5, Stettin 30; Posen: Bromberg 6; Brandenburg: Berlin 11, Frankfurt 2, Landsberg 2, Luckenwalde 4; Provinz Sachsen: Erfurt 12, Halle 50, Mühlhausen 5, Nordhausen 10, Suhl 20; Königreich Sachsen: Borna 20, Dresden 87, Köthenbroda 5, Leipzig 8, Zittau 41; Thüringen: Altenburg 50, Apolda 10, Eisenach 1, Gera 5, Gotha 5, Jena 58, Meiningen 50, Neustadt a. d. Orla 4, Schmolln 6, Sondershausen 50, Sonneberg 15, Weimar 20, Zeulenroda 2; Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Emden 2, Osnabrück 2, Hameln 5, Hannover 4, Celle 8, Lüneburg 2, Braunschweig 2, Wolfenbüttel 6, Rüdiger 1, Bremerhaven 19, Bremen 3, Vegesack 10; Schleswig-Holstein: Flensburg 10, Kiel 32, Lübeck 6, Hamburg 6; Hessen-Nassau, Hessen: Cassel 5, Frankfurt 4, Fulda 3, Hanau 4, Höchst 4, Kilmburg 12, Mainz 5, Offenbach 5; Westfalen: Bochum 10, Dortmund 15, Hamm 5, Paderborn 12; Rheinland: Elberfeld 5, Essen 16, Mülheim (Ruhr) 2, Saarbrücken 45; Bayern: Augsburg 3, Bad Reichenhall 50, Dinkelsbühl 1, Frankenthal 5, München 18, Nürnberg 20, Passau 2, St. Ingbert 3, Weiden 10; Württemberg: Eßlingen 2, Friedrichshafen 47, Heilbronn 10, Ravensburg 10, Ulm 16; Baden: Bruchsal 12, Freiburg 5, Karlsruhe 15, Rastatt 4, Mannheim 25, Oberkirch 3; Elsaß-Lothringen: Colmar 15, Metz 10, Mappolsweiler 165, St. Ludwig 7. Insgesamt werden in 102 Orten 1471 Zimmerer gesucht.

Militäradressen. Im Bezirk Rheinland und Westfalen ist andauernd reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden; die Nachfragen nach Zimmerern kann nicht befriedigt werden. Mitglieder, die zum Seeresdienst einberufen sind, sich noch im Inlande befinden und arbeitsverwendungsfähig oder garnisonverwendungsfähig sind, werden gebeten, ihre Militäradresse zwecks Meldeaktion an den Kameraden B. Janßen, Düsseldorf, Wallstraße 10, einzusenden.

Die Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft.

„Der Verband der Deutschen Buchdrucker, fünfzig Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit, mit einer Vorgeschichte.“ So betitelt sich die Geschichte der deutschen Buchdruckerbewegung, die in ihrem ersten Bande, der bereits 1916 erschienen ist, vorliegt. Der Buchdruckerverband ist die älteste und bestfundierteste deutsche Gewerkschaft, seine Geschichte hat deshalb für weitere Kreise Interesse. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes hat das Werk auch andern Gewerkschaftskreisen zum Preise von M 3 zugänglich gemacht.

Ueber den Werdegang des Buchdruckerverbandes kurz das Folgende:

Das Buchdruckergewerbe unterschied sich von vornherein von den alten Handwerken, indem zum Betriebe einer Buchdruckerei Kapital erforderlich war. Der Betrieb arbeitete auch nicht, wie es sonst Handwerksgebranch und -gewohnheit war, für einen begrenzten Kundenkreis, sondern das Buchdruckergewerbe produzierte von vornherein für den Markt, der so weit reichte, wie die Kultur vorge-schritten war. Also auch zum Betriebe der Druckerei war von vornherein Kapital erforderlich. Zwar sind bald Buchhändler zwischen Produzenten und Konsumenten getreten, dadurch wurde jedoch der kapitalistische Charakter des Buchdruckergewerbes nicht erheblich geändert. Zudem wurde der Betrieb einer Druckerei bald von der obrigkeitlichen Genehmigung abhängig, das beschränkte die Vermehrung der Buchdruckereien; sie basierten in der Hauptsache auf Privilegien. In der Buchdruckerei handelte es sich auf lange Zeit hinaus um ein wenig umfangreiches Gewerbe. Selbst Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde in Deutschland die Zahl der Buchdruckereien erst auf 2000, die Zahl der Buchdrucker auf 15 000 geschätzt.

Eine framme günstige Organisation, das „Postulat“, fasste Prinzipale und Gehilfen Jahrhundert hindurch zusammen. In jeder Stadt, wo mehrere Buchdruckereien vorhanden, bildeten sämtliche Berufsangehörigen eine übliche Buchdrucker-Gesellschaft; Prinzipal, Faktor und Gehilfe waren Mitglied der Vereinigung. Diese Buchdrucker-Gesellschaften standen mit den auswärtigen im Verkehr, was teils durch das Wandern der Gehilfen, durch Arbeitsvermittlung bei vorhandener Nachfrage der Prinzipale sowie durch den Austrag von Streitigkeiten vor dem Forum eines andern Druckortes bedingt war. Jährlich zweimal trat die Gesellschaft eines Druckortes zu einem „General-sitz“ zusammen, um die Beamten zu wählen und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Alle Mitglieder waren den gemeinsam gefassten Beschlüssen wie den von früher her geltenden unterworfen.

Der Verfasser der Geschichte der Buchdrucker, der Redakteur des „Korrespondent“, Willi Krahl, sieht in dem „Postulat“ der Buchdrucker für die später aufkommenden gewerkschaftlichen Bestrebungen den besten Wegebauer und im „Postulat“ als gewerbliche Ordnung“ sehr deutliche Grundzüge der heutigen Tarifgemeinschaft der Buchdrucker.

In der Tat ist das „Postulat“ auch nicht einfach verstanden wie die meisten jüngsten Organisationen in andern Gewerben, sondern es ist im Anfang des 19. Jahrhunderts systematisch unterdrückt und verboten worden, so daß es um so eher als Ideologie in vielen Köpfen fortleben konnte.

An die Stelle des „Postulats“ traten Innungen der Buchdruckerprinzipale. Darin bestanden zwar Gehilfenkomitees, sie hatten jedoch keine bedeutungsvollen Rechte. Es entstanden aber auch lokale Kassen und Vereine in den meisten Druckorten, und Krahl schreibt: „Wohl ist es ein etwas verschlungener Weg; aber trotzdem ist die Entwicklung unverkennbar, die nach den Buchdrucker-Gesellschaften der Postulatszeit zum Teil von den Offizinsklassen (Vertriebsklassen), zum Teil von den frühesten örtlichen Unterstützungs-kassen ausgeht zu den ersten allgemeinen Organisationsversuchen der 1848er Periode, nach deren Niederbruch diese Kassen-einrichtungen sowie einige andere, die während derselben entstanden waren und sich zu retten vermochten vor der behördlichen Erdrückung, dann notwendig einen Zusammenhalt und eine Verbindung mit auswärtig — durch das Statutum (Meißenunterstützung) — aufrechterhalten konnten, bis mit der Gewerkefreiheit die Aufhebung der Koalitionsverbote kam und die große Stunde der Verbandsgründung schlug.“

Bei den Organisationsversuchen der 1848er Periode hatte jedoch in Leipzig Robert Blum, der bekannte Revolutionär, die Hand im Spiele. Bereits am 28. Mai 1848 kam im sächsischen Landtage die Lage der Leipziger Buchdrucker-Gesellschaften zur Sprache. Sie hatten an die zweite Kammer eine Petition gerichtet, zu deren Befürworter sich der fortschrittliche Abgeordnete Joseph machte, der mit Robert Blum in engeren Beziehungen stand, dem die ganze Aktion ihre Ausführung verdankte. Im Jahre 1848 warf sich ein Dr. Langenschnitz als Vorkämpfer der Buchdrucker-Gesellschaft in Leipzig auf. In Berlin griff Stefan Born, ein Schriftsetzer zwar, aber auch ein Schüler von Marx und Engels, tatkräftig in die Buchdruckerbewegung ein. Neben Born wirkte ein Nichtbuchdrucker mit. Rannegieser, ein Gelehrter, war ein rühriger Organisator der Buchdrucker. Das Vorgehen in Leipzig und Berlin im Frühjahr 1848 fand an andern Orten Nachahmung. Von Heidelberg ging ein Aufruf zu einer Delegiertenversammlung aus, die stattdessen und beschloß, zu Pfingsten (11. Juni) eine National-Buchdrucker-Versammlung nach Mainz zu berufen. Diese fand statt. Sie beschloß einen nationalen Tarif, der bis zum 1. August 1848 in Kraft treten sollte, und Satzungen für eine deutsche National-Buchdrucker-Vereinigung. Diese Beschlüsse lösten in den Kreisen der Buchdrucker-Gesellschaften allgemeine Begeisterung aus, und in der Tat gewann es ja den Anschein, als sollte das „Postulat“ auf modernerer Basis wieder erstehen. Aber der Tarif fand auf Arbeitgeberseite bald offene Gegner, die bei weitem den mit den Gehilfen sympathisierenden Prinzipalen überlegen waren. Es folgten stellenweise Kämpfe, Verwirrung und die Niederlage. Das Jahr 1848 war damit um eine Illusion ärmer geworden.

Von Prinzipalseite wurde zum 26. August 1848 ein Kongreß nach Frankfurt a. M. berufen und hierzu auch das auf Beschluß der Mainzer National-Buchdrucker-Versammlung eingesetzte Zentralkomitee der Gehilfen eingeladen, das seinerseits die Teilnahme von Delegierten aus den einzelnen Druckorten freistellte. Der Kongreß fand statt, Prinzipale und Gehilfen tagten zunächst jede Partei für sich. Da jedoch die Prinzipale in der Mehrheit waren, fanden dann gemeinsame Tagungen statt. Der Mainzer Tarif wurde ad acta gelegt. Dafür kamen andere Vereinbarungen zustande und es wurde beschlossen, daß sämtliche deutschen Buchdrucker, Prinzipale wie Gehilfen, sich zu einem allgemeinen Verein konstituieren, welchem Haupt- und diesem Zweigvereine mit Schiedsgerichten, aus gleicher Zahl von Prinzipalen und Gehilfen bestehend, untergeordnet sind, und deren Aufgabe es ist, die allgemeinen wie die besonderen Interessen der sämtlichen Mitglieder der Buchdrucker-Gesellschaft zu wahren sowie die Aufrechterhaltung und Durchführung der hier gefassten Beschlüsse zu ermöglichen und zu überwachen. Es wurde auch ein gemeinsames provisorisches Zentralkomitee eingesetzt. Die Anmeldungen zum Beitritt blieben jedoch trotz dringender Aufforderung aus. Nur wenige Städte bezw. Provinzen schlossen sich an. Dagegen wurden viele Beschwerden laut, daß bisher gezahlte höhere Löhne nach den Frankfurter Bestimmungen Reduzierung fanden. Es erwies sich bald, daß die Anteilnahme der Prinzipale an der Gestaltung der gewerblichen Dinge nach dem ungewissen Sieges über die Arbeitnehmer ganz gering war und vor allem nicht die Absicht bestand, etwas zu tun, um den Frankfurter Beschlüssen in tariflicher wie organisatorischer Richtung Lebenskraft zu verleihen. Der Allgemeine Buchdrucker-Verein, der mit den Prinzipalen gemeinsame Organisation Frankfurter Ursprungs, kam gar nicht über ihr bescheidenes Anfangsstadium hinaus. Ihr letztes Lebenszeichen gab sie im Juni 1849 von sich.

Inzwischen wurde in Berlin der dritte Zentralisationsversuch unternommen in der Gründung des Gutenbergbundes. Seine Gründung erhielt die Zustimmung eines von 33 Gehilfendelegierten aus 28 Städten und 15 Prinzipalsvertretern aus 8 Orten besetzten Kongresses, der Ausgang September 1849 in Berlin tagte. Dieser Kongreß wurde jedoch durch polizeiliche Ausweisungen der Delegierten gestört und schließlich polizeilich aufgelöst. Der Gutenbergbund bestand trotz dieser und weiterer polizeilicher Maßnahmen und inneren Wirren bis zum 1. April 1852, wo er zu existieren aufhörte.

Im Jahre 1861 unternahm es die Fortschrittspartei, gewerbliche Bildungsvereine zu gründen. Im Jahre darauf kam ein Fortbildungsverein für Buchdrucker in Leipzig zustande. Bald folgten Darmstadt, Dresden, Berlin und Stuttgart mit Vereinsgründungen. Am 1. Januar 1863 erschien der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ in Leipzig, nachdem die früheren Organe sämtlich eingegangen waren. Als dann in den nächsten Jahren noch an mehreren Orten Lokalvereine entstanden waren und im „Korrespondent“ eifrige Propaganda für die Abhaltung eines Buchdrucker-Tages gemacht worden war, fand ein solcher vom 20. bis 22. Mai (Pfingsten) 1866 in Leipzig statt. Er war von 34 Delegierten aus 85 Druckorten besetzt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Organisationsfrage oder auch richtiger die Zentralisationsfrage. Einer mit den Prinzipalen gemeinsamen Organisation wurde hier nicht mehr das Wort geredet. Die seit 1848 verstrichene Zeit „mit ihrer Steigerung der wirtschaftlichen Grundkenntnis wird gewiß auch für eine ver-

änderte Auffassung gesorgt haben“, bemerkt der Verfasser der Buchdrucker-Geschichte, worunter man Lassalles Agitation verstehen kann, ausschlaggebend seien jedoch die Erfahrungen der Leipziger Buchdrucker-Gesellschaften mit ihren Prinzipalen gewesen. Die von Lassalle und Schulze-Delitzsch gerufenen, häufig durcheinander wirbelnden Geister, spukten sehr lebhaft auf diesem Buchdrucker-Tage, und man kann auf Grund der vorliegenden Darstellung sehr wohl im Zweifel darüber sein, ob die „Förderung und Wahrung der materiellen Interessen“ der Buchdrucker durch Gründung von Produktivgenossenschaften oder durch Lohnbewegungen und Unterstützungs-kassen bewirkt werden sollte. Jedenfalls war die neue Buchdruckerorganisation vorerst ein noch ziemlich loses Gefüge, zu Kampfzwecken im gewerkschaftlichen Sinne wenig brauchbar. Die Agitation v. Schweikers für die wirksame Vornahme von Arbeitseinstellungen nennt der Geschichtsschreiber der Buchdrucker zwar einen „dilettantischen Versuch zur Gründung von Gewerkschaften“, aber erst nachdem diese Agitation wirksam geworden, war die Lohnfrage auch das wichtigste Gebiet der Buchdrucker. Es dürfte keinen zweiten Versuch in Deutschland geben, in dem in der Zeit von 1868 bis 1873 die Lohnbewegungen so lebhaft und massenhaft waren als bei den Buchdruckern, mit Unterbrechung während des Krieges. Für das Jahr 1873 wurde bereits eine allgemeine Aussperrung der Buchdrucker eingeleitet, die jedoch nicht zur Niederlage der Gehilfen, sondern zur Schaffung eines Reichstarifes führte. Damit fand die Periode der lokalen Lohnbewegungen im Buchdruckgewerbe einen besseren Abschluß als in andern Berufen, die an dieser Lohnbewegungsperiode beteiligt waren.

Der wirtschaftliche Niedergang nach 1873 lastete natürlich auch auf der Buchdruckerbewegung. Bei den Tarifverhandlungen in den folgenden Jahren kamen nur Tarifreduktionen heraus, und der Tarif stand fast nur noch auf dem Papier. Erst im Jahre 1886, als sich die sozialistische Arbeiterbewegung wieder lebhafter bemerkbar machte und Puttkamer mit seinem Streikerlaß gegen die Gewerkschaftsbewegung vorging, frapptierte auch das Leben in der Buchdruckerbewegung nach Abschluß neuer Tarifverhandlungen in diesem Jahr.

So sehr die Buchdruckerbewegung nun auch von der allgemeinen Arbeiterbewegung in ihrem Werdegang beeinflusst worden ist, formell wachte sie eifersüchtig darüber, nicht mit der Arbeiterbewegung vermengt zu werden. Ihre Selbständigkeit hat die Buchdruckerbewegung immer peinlichst zu wahren getrachtet. Dieser Umstand brachte sie vor allem über das Sozialistengesetz hinweg. Zwar stand der Buchdruckerverband 1878 auch in Gefahr, sozialistengesetzlich aufgelöst zu werden, und als davon Abstand genommen wurde, sollte sein Verbot auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes bewirkt werden. Diefem Schlag kamen jedoch die damaligen Buchdruckerführer zuvor, indem sie den Verbandstitel änderten und den Verbandsitz von Leipzig nach Stuttgart verlegten, wo der Verband existieren konnte. Im Jahre 1888 ist dann auf Veranlassung der preussischen Regierung der Verbandsitz von Stuttgart nach Berlin verlegt worden. Bis dahin reicht die im vorliegenden ersten Bande beschriebene Geschichte der Buchdruckerbewegung. Sehr umfangreich ist diese in dem behandelten Zeitabschnitt auch nicht gewesen. Die Mitgliederzahl des Buchdruckerverbandes betrug im Jahre 1866 3187 und kam nach einigen Schwankungen erst im Jahre 1888 auf 10 116; im Jahre der Sitzverlegung nach Berlin betrug die Mitgliederzahl 11 642; vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges zählte der Buchdruckerverband 68 682 Mitglieder. Der Aufschwung des Buchdruckerverbandes ist, wie bei andern Gewerkschaften auch, erst in der Zeit nach 1890 erfolgt.

Veranstaltungsanzeiger.

Mittwoch, den 11. September:

Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Graf-Schad-Straße.

Sonabend, den 14. September:

Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten A. S. jede weitere Zeile A. S. mehr. Freizeichnungen werden nicht bezahlt.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen für Berlin und Umg.: 80, Engelstr. 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolliseum“, Bräuerstraße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herberge das. Verkehrslokale: Volkshaus und „Flämenische Bierhalle“, Gaisstr. 41. Zureichende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umziehen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachm. 5—7 1/2 Uhr.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Bellingstraße 32. Zureichende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umziehen verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbinderhof 66, Hinterhaus, 1. Stock. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zureichende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umziehen, sich im vorstehend benannten Bureau zu melden. Weitervergeschickte werden dort unentgeltlich verabschiedet.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Rostocker Straße 50. Telefon: Gr. 8, 2584. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 11 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentraltransfanten der Zimmerer.

Hamburg-Eimsbüttel. Albert Semde, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 45. Jeden Sonabend Jagelabend. Jeden letzten Sonabend im Monat Jagelabend der Zentraltransfanten. Telefon: Gr. 6, 2732.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Heinrich Schulz, Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.

Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 9., 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalottistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 8. Stock, Zimmer 64. Telefon 51 020. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.